

**Rahmenverträge zur Ausstattung der städtischen Büros mit standardisierter Möblierung (Büroarbeits-tisch manuell und elektromotorisch, Arbeitsplatzkombinationen, Container, Besprechungstische, Schränke und systemkompatibles Zubehör aus einer zusammengehörigen Produktlinie)
Vergabeermächtigung zur EU-weiten Ausschreibung**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15025

Beschluss des Verwaltungs- Personalausschusses vom 17.07.2019 (SB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Nachdem der geschätzte Auftragswert die Wertgrenze der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München übersteigt, ist eine Vergabeermächtigung durch den Stadtrat erforderlich.

Da es sich bei den o. g. Büromöbeln um einen referatsübergreifenden Bedarf handelt, ist der Verwaltungs- und Personalausschuss als zuständiger Fachausschuss der Vergabestelle 1 für diese Beschlussfassung aufgrund der Beschlüsse des VPA vom 16.01.2013 und der Vollversammlung vom 23.01.2013 über die Zuständigkeit von Ausschüssen bei Vergabeverfahren zuständig. Daneben ist die Vorlage vor Durchführung der Ausschreibung zu behandeln.

In der Beschlussvorlage werden auch Angaben über Kosten und den geschätzten Auftragswert gemacht. Diese Angaben könnten die Bewerber bei der Kalkulation beeinflussen und den Wettbewerb einschränken. Der Tagesordnungspunkt ist daher in einen öffentlichen und nichtöffentlichen Teil aufzuteilen.

1. Vorbemerkungen

Der bestehende Rahmenvertrag über die Lieferung der standardisierten Büromöbel (Büroarbeits-tische, Arbeitsplatzkombinationen, Container, Besprechungstische, Schränke und systemkompatibles Zubehör aus einer zusammengehörigen Produktlinie) für städtische Dienststellen, Schulen, Kindertageseinrichtungen und Beteiligungsgesellschaften endet am 30.10.2019.

Um die kontinuierliche Versorgung o. g. Einrichtungen zu gleichbleibender Qualität und Ausführung zu gewährleisten, ist ein neuer Rahmenvertrag abzuschließen. Um den hohen Aufwand für das Vergabeverfahren und insbesondere für die Bemusterung und Wertung zu reduzieren, soll die Vertragslaufzeit zukünftig von zwei auf drei Jahre ausgedehnt werden. Dabei ist auch ein wirtschaftlicher Vorteil zu erwarten, da die längere Vertragsbindung für Bieter attraktiv ist.

Der Laufzeitbeginn ist für den 01.11.2019 vorgesehen.

Die Laufzeit des Vertrags kann - wie bisher - einmalig um bis zu weitere drei Monate verlängert werden, wenn der Vertrag zur Zufriedenheit der Landeshauptstadt München erfüllt worden ist und hierfür eine Notwendigkeit gesehen wird.

Die Bedarfsstellen rufen über den internen städtischen Katalog ihren Bedarf auf elektronischem Weg ab. Die Lieferung erfolgt innerhalb von maximal sechs Wochen frei Verwendungsstelle.

2. Bedarf

Grundsätzlich hat sich hinsichtlich der zu beachtenden Vorgaben des Arbeitsschutzes sowie der einschlägigen Normen seit der letzten Ausschreibung keine Änderung ergeben und die Artikel der aktuellen Rahmenverträge haben sich hinsichtlich Qualität, Funktionalität, Konstruktion, Ergonomie und Gestaltung bewährt. Deshalb wird die Ausschreibung wieder auf der bisherigen Basis durchgeführt.

Insgesamt benötigen die Dienststellen, Schulen, Kindertageseinrichtungen und Beteiligungsgesellschaften während der Vertragslaufzeit von drei Jahren voraussichtlich Mobiliar für ca. 5.000 komplette und eine unbekannte Zahl an teilweise auszustattenden Arbeitsplätzen.

Die geschätzten Bedarfsmengen beruhen auf Erfahrungswerten sowie auf Auswertungen über das Bestell-System SAP (Rahmenvertrag mit 556 Artikeln) bezogen auf die Laufzeit von drei Jahren. Dabei sind Bedarfsspitzen durch z. B. Dienststellenverlagerungen oder Steigerung der Mitarbeiteranzahl bereits grundsätzlich berücksichtigt.

3. Leistungsanforderungen und städtischer Standard

Büroarbeitstische sind technische Arbeitsmittel, für die die Einhaltung von Normen (DIN EN 527-1) zwingend vorgegeben sind. Für Büroarbeitstische wird der Beweis zur Einhaltung dieser Normen gefordert.

Darüber hinaus wird für alle Möbel das Prüfcertifikat GS (geprüfte Sicherheit) zwingend vorgegeben.

Weitere Anforderungen sind die Einhaltung der RAL UZ 38 (Emissionsarme Produkte aus Holz und Holzwerkstoffen), keine PVC-Bestandteile, keine Bestandteile, die unter Verwendung von FCKW hergestellt wurden, sowie dass die Formaldehydabgabe der

verwendeten Spanplatten die Emissionsklasse E1 nicht übersteigen darf.

Das Holz muss aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern mit Zertifizierung für nachhaltige Bewirtschaftung stammen.

Die Produkte dürfen weiter keine gefährlichen Stoffe wie Blei, Quecksilber, Kadmium, Chrom VI und keine gefährlichen halogenierte Flammschutzmittel enthalten.

Des Weiteren sind für die Verpackung umweltfreundliche Materialien zu verwenden. Folien und entbehrliche Umverpackungen sind zu vermeiden. Die Materialien sollten mehrfach verwendet werden können.

Die Landeshauptstadt München hat als Standardarbeitsplatz aus der Typenvorgabe der Norm DIN EN 527-1 wahlweise den manuell auf die individuellen Körperproportionen höheninstellbaren Sitzarbeitsplatz sowie den elektromotorisch verstellbaren Sitz-/ Steharbeitsplatz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Im übrigen sind dem Rahmenvertrag vielfältige Farb-, Material und Ausführungsmöglichkeiten immanent, mit denen eine angenehme Atmosphäre am Arbeitsplatz erzeugt werden kann, die ebenfalls der Erhaltung der Arbeitskraft und der Steigerung der Produktivität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dienlich ist.

4. Kosten und Finanzierung

Der geschätzte Auftragswert der auszuschreibenden Leistung wird aus Wettbewerbsgründen in der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15024 im nichtöffentlichen Teil dargestellt.

Die Finanzierung erfolgt über die Haushaltsmittel der abrufenden Dienststellen.

5. Vergabeverfahren

Der geschätzte Auftragswert liegt oberhalb des Schwellenwertes von 221.000,00 € (ohne MwSt.), der zu einer EU-weiten Ausschreibung verpflichtet.

Die Leistung wird in einem Offenen Verfahren gem. § 14 Abs. 2 VgV ausgeschrieben. Eine entsprechende Bekanntmachung erfolgt im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Das gesamte Vergabeverfahren wird elektronisch über die Vergabeplattform der Landeshauptstadt München durchgeführt.

Um insbesondere eine Beteiligung mittelständischer Unternehmen zu ermöglichen, wurden für diese Ausschreibung Lose gebildet.

Alle möglichen Artikel, die für die Ausgestaltung eines Sitzarbeitsplatzes eingesetzt werden können (inkl. Container, Schränke, Sideboards, Unterteilungen, sog. „Dritte Ebene“, d. h. alle Artikel, die über der Tischplatte befestigt werden wie z. B. Telefonschwenkarm, Dreifachablageschale etc.) werden im Los 1 ausgeschrieben.

Die solitär abrufbaren Sitz-/ Steharbeitstische werden im Los 2 ausgeschrieben.

Punkteverteilung Gestaltung und Design:

Die Punkteverteilung erfolgt anhand der eingereichten Angebotsmuster. Für die gestalterisch besten Produkte sind insgesamt 20 Punkte (20 %) vorgesehen, die sich wie folgt verteilen:

je 5 Punkte für Formensprache, Farbgebung, optische Wirkung bei Kombination mit anderen Möbelstücken sowie optische Wirkung des Materialmixes. Gestalterische Unzulänglichkeiten führen zu Punkteabzügen. Die Wertung erfolgt durch den Beraterkreis Möbel. Dieser setzt sich aus der Leitung der Hauptabteilung II des Direktoriums, der Leitung des Baureferats-Hochbau und einer Vertretung des Gesamtpersonalrates zusammen.

Auftragsvergabe an das wirtschaftlichste Angebot

Die Auftragsvergabe an das wirtschaftlichste Angebot pro Los ist im 4. Quartal 2019 geplant.

Eine erneute Befassung des Stadtrats ist nur erforderlich, falls die Auftragswerte der wirtschaftlichsten Angebote den geschätzten Gesamtauftragswert um mehr als 20 % übersteigen sollten.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Verwaltungsbeirat der Vergabestelle 1, Herrn Stadtrat Vorländer, ist ein Abdruck der Beschlussvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Die Vergabestelle 1 wird zum Abschluss von Rahmenverträgen über Büromöbel ermächtigt.
3. Die Vergabestelle 1 führt das Vergabeverfahren zu den in dieser Vorlage und in der nichtöffentlichen Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 15024 genannten Bedingungen durch und erteilt die Zuschläge auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot.

4. Eine erneute Befassung des Stadtrates ist nur erforderlich, falls die Auftragswerte der wirtschaftlichsten Angebote den geschätzten Gesamtauftragswert um mehr als 20 % übersteigen sollten.
5. Einer erneuten Stadtratsbefassung bedarf es nicht, wenn aus vergaberechtlichen Gründen eine Änderung der Wahl der Vergabe- und Vertragsordnung, der Vergabeverfahrensart, der Eignungskriterien oder der Zuschlagskriterien erforderlich sein sollte, um Rügen abzuwehren, Nachprüfungsverfahren abzuwenden oder zu beenden oder weil das Vergabeverfahren aus vergaberechtlichen Gründen aufgehoben werden musste.
6. Falls von der Klausel nach Nr. 5 Gebrauch gemacht wird, unterfällt dieser Beschluss der Beschlussvollzugskontrolle des Direktoriums.

III. Beschluss
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. -Direktorium HA II - Vergabestelle 1

Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

Am